Vortrag auf dem Kongress in Lüneburg vom 01.03.2001 von Prof. Dr. Roland Eckert

---

Ursachen des Rechtsextremismus – Integrationspolitik und -praxis

Prof. Dr. Roland Eckert
Professor für Soziologie an der Universität Trier

Die Herausforderung
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben seit der Wiedervereinigung Deutschlands über 70 Todesopfer gefordert. Etwa die Hälfte waren „Ausländer“, die übrigen Obdachlose, Sozialhilfeempfänger und politische oder jugendkulturelle Feinde der „Rechten“. Die Decke der Zivilisation, der Toleranz und des Rechtsbewusstseins ist offenbar immer noch sehr dünn – nicht nur im Balkan oder in Nordirland, sondern auch bei uns. Demokratie und Rechtsstaat sind freilich – anders als vor siebzig Jahren – nicht ernsthaft bedroht. Dennoch lassen sich auch bei uns und in der Gegenwart eben die Entwicklungen erkennen, in denen Recht und Demokratie verblassen und Menschen zu Zielen politisch motivierter Gewalt werden. Vielleicht ist es das wichtigste Erbe der deutschen Geschichte, dass wir wissen können, wozu Menschen („wie Du und ich“) fähig sind, wenn sie sich einer Ideologie verschrieben haben, die ihren Gegnern die Menschenwürde abspricht. Die zentralen Elemente des Sozialdarwinismus: „Kampf ums Dasein“ als Grundbedingung auch der menschlichen Existenz, Unterordnung („Gefolgschaft“) unter den Stärkeren (den „Führer“) als vermeintliche Notwendigkeit in diesem Kampf, Solidarität mit der imaginierten Verwandtschaft („Volk“ oder „Rasse“) scheinen in Teilen der Gesellschaft wieder einmal Glauben zu finden. Wenn wir uns nicht auf einen bloß moralischen Diskurs beschränken wollen, müssen wir die konkreten Entstehungsbedingungen von Fremdenfeindlichkeit beachten und präventiv intervenieren.

Entstehungsbedingungen
Im Zuge der Globalisierung, des technischen Fortschritts der Mikroelektronik und der Wanderungsbewegungen sehen sich viele Menschen durch Rationalisierung und internationale Konkurrenz in ihrer Lebenslage bedroht. Entsprechend fürchten sie die Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, befürworten eine Begrenzung der Einwanderungsmöglichkeiten und tendieren zur Aufwertung der eigenen nationalen Zugehörigkeit als Garanten sozialer Sicherheit. Diese Ängste formierten sich angesichts der dramatisch ansteigenden Einwanderung von Aussiedlern und Asylbewerbern zwischen 1988 und 1993, die vielerorts zu Überlastungserscheinungen geführt hat. Im Parteienwettbewerb wurde die Problematik des Asylverfahrens dramatisiert, während gleichzeitig die Problembewältigung über Jahre hinweg ausblieb. Dies eröffnete rechtsextremen Parteien und jugendlichen Schlägern neue Chancen. Die so sich ausbreitende fremdenfeindliche Bewegung konnte verstärkt in den neuen Bundesländern Fuß fassen. Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus sind hier angesichts des ideologischen Vakuums nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sowie den Belastungen des Umbruchs, insbesondere durch Arbeitsmarktprobleme, attraktiv, weil sie neue exklusive Solidaritäten und Vorrechte zu versprechen scheinen. Damit erhielt der klassische Rechtsextremismus, der lange nur noch als Relikt aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts galt, neue Zuflüsse. Diese Entwicklung kulminierte in den fremdenfeindlichen Ausschreitungen und Brandanschlägen in den Jahren 1992 bis 1994. Als diese Gewaltwelle abebbte, erlahmte auch das öffentliche Interesse am Thema, obwohl fremdenfeindliche und rechtsextremistische Gewalt seit 1995 auf einem gleichbleibend stabilen Sockel fortbesteht. Die Debatte in der Mitte des Jahres 2000 holte – so gesehen – vor allem Versäumnisse der letzten fünf Jahre nach. Unvermeidlich war dabei, dass sie auch extremistische Gruppen mit Aufmerksamkeit belohnte und stimulierte.

Es ist Zeit, dass wir begreifen, dass wir es bei der Fremdenfeindlichkeit mit einem Phänomen zu tun haben, das uns auf lange Zeit hinaus beschäftigen wird. Denn die weltweiten Wanderungsbewegungen führen nicht nur zu Assimilation oder neu entstehenden gemeinsamen Kulturmustern, sondern auch zu Identitätspolitiken, die tatsächliche oder imaginierte Herkünfte dramatisieren und gegen Konkurrenz und „postmoderne Beliebigkeit“ ins Felde führen. Gewaltneigungen, die biographisch z. B. in der Familie entstanden sind, sich durch einen auf Gewalt spezialisierten Medienkonsum verstärken und schließlich zum Gesichtspunkt der Selbstselektion in Cliquen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden, finden dann eine ideologische

Legitimation. Hier ist eine Doppelstrategie angebracht: Einerseits muss die universalistische und kosmopolitische Orientierung Deutschlands gegen Tendenzen der Abschließung und der Fremdenfeindlichkeit verteidigt, muss verbale Dehumanisierung und physische Gewalt geächtet und verfolgt werden; anderseits müssen die ökonomischen und kulturellen Bedrohungsgefühle von Teilen der Bevölkerung ernstgenommen werden.

Was tun?

- Die Versuche, gewalttätige Jugendliche über sozialpädagogische Programme zu resozialisieren, waren in der Regel dort nicht sehr erfolgreich, wo diese mit ihren fremdenfeindlichen Einstellungen auf Anerkennung in ihrem sozialen Umfeld hoffen konnten. In vielen Fällen hat dann die Hilfe zur Verbesserung der Infrastruktur der rechten Jugendszene beigetragen. Dennoch werden auch weiterhin Sozialpädagogen als Kontakt- und Ansprechpartner für rechte Jugendliche zur Verfügung stehen müssen, wenn das Feld nicht den rechtsextremistischen Kameradschaften überlassen bleiben soll.
- Gleichzeitig muss es Aufgabe der lokalen politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten sein, der Menschwürde und den Menschenrechten in ihrem Ort, in ihrer Region Geltung zu verschaffen. Diese Strategie wird durch eine Vielzahl von Bürgerinitiativen gestützt, die sich in dem „Forum gegen Rassismus“ sowie im „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zusammen geschlossen haben.
- Von grundlegender Bedeutung ist es, den Bevölkerungsgruppen, die sich von Globalisierung und Zuwanderung bedroht fühlen, über eine explizite und ausgewogene Einwanderungspolitik die Sicherheit zu geben, dass die Integration gelingen kann (das „Boot“ ist nicht voll, aber es können nicht zu viele gleichzeitig einsteigen). Ferner muss deutlich werden, dass Migration in einer Weltgesellschaft unvermeidlich ist und zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit Deutschlands beiträgt.
- Der Erfolg wird letztlich davon abhängen, ob es gelingt, die Bevölkerung Deutschlands so weit zu qualifizieren, dass sie auf den globalen Märkten bestehen kann. Probleme bestehen hier insbesondere für jene Jugendlichen, deren Qualifikationen gegenwärtig nicht den Anforderungen der ausbildenden oder arbeitgebenden Betriebe entsprechen. Hier werden ganz neue Anforderungen an unser Schulsystem gestellt. Zusätzliche Konflikte entstehen vor allem in den östlichen und nördlichen Landesteilen, in denen die Wirtschaftsstruktur schwach ist und die auch am gegenwärtigen Aufschwung nur unterdurchschnittlich teilgenommen haben. Wenn sich solche Gebiete zu einem deutschen „Mezzogiorno“ entwickeln, werden regionale Deprivation und daraus resultierende fremdenfeindliche Gefühle kaum abzubauen sein.
- Nachdem die kulturelle Heterogenität in der deutschen Gesellschaft durch die Ausbildung unterschiedlicher Lebensstile und Kulturmuster wächst, kommt einer pädagogischen Praxis zunehmende Bedeutung zu, die die Fähigkeit der Kinder und Jugendlichen trainiert, sich selbst und die Welt auch mit den Augen der Anderen sehen zu können. Junge Menschen sollten von klein auf lernen, dass Konflikte gewaltfrei geschlichtet werden können und andere Menschen, ungeachtet ihrer ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit, dabei gleichberechtigt sind. Perspektivenübernahme und Konfliktschlichtung können als pädagogische Programme schon vom Kindergarten an die zentralen Prinzipien der Verfassung vergegenwärtigen.
- Ideologien können sich von den Bedingungen ablösen, in denen sie einmal ihre erste Verbreitung gefunden haben. Dies gilt auch für die Ideologien unversöhnlichen Kampfes, wie sie im gegenwärtigen Rassismus wiederbelebt sind und beispielsweise auf den Hassseiten im Internet rund um die Welt propagiert werden. Hier ist die wehrhafte Demokratie gefordert, durch entsprechende Sanktionen die Prinzipien zu verdeutlichen, die unser Zusammenleben bestimmen. Dies beginnt damit, dass die Polizei überall dort Präsenz zeigt, wo politische Schläger territoriale Macht aufzubauen versuchen und Angst und Schrecken bei Fremden und Andersdenkenden verbreiten. Ebenso muss die Polizei die Eskalationsspirale zwischen „rechten“ und „linken“ Schlägern unterbrechen. Schließlich ist gegenwärtig die justizielle Bewertung von Hasstaten immer noch sehr uneinheitlich. Genauso, wie sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass es sich bei vielen Brandstiftungen um Mordversuche gehandelt hat, sollte die rassistische Motivation auch bei Körperverletzung und Landfriedensbruch in der Strafzumessung eine einheitlichere Berücksichtigung finden.
- Alle Ideen, die das Individuum als Teil eines größeren Ganzen begreifen und dem einzelnen

Lebenslauf einen Sinn zuweisen, der aus der Mitwirkung an dem vorgestellten Schicksal der imaginierten Gemeinschaft erwächst, sind gerade für junge Leute faszinierend, deren Leben noch nicht in den Routinen des Alltags seine Aufgaben und Erfüllungen findet. Eben darum dürften die Erkenntnis, dass die Menschheit gegenwärtig zu einer Weltgesellschaft zusammenfindet und darum einer humanen und ökologischen Solidarität bedarf, und die Erfahrung, dass man an diesem Auftrag auch in Gemeinschaft mit Anderen mitwirken kann, durchaus geeignet sein, nationalistischen und rassistischen Ideologien entgegenzuwirken.